

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 31 (1951-1952)

Heft: 1

Rubrik: Stimmen der Weltpresse

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

STIMMEN DER WELTPRESSE

Das italienisch-französische Treffen in Santa Margherita, seine Ergebnisse und Folgerungen sind von den italienischen Zeitungen meist positiv beurteilt worden. Ausnahmen bildeten einige Wirtschaftsblätter, so unter anderem «24 ore»-Mailand mit zwei Artikeln vom 13. und 16. Februar. Während jedoch vorauszusehen war, daß die einschlägige wirtschaftliche Presse sehr vorsichtig an eine Analyse der Ergebnisse auf dem rein wirtschaftlichen Sektor heran ging, überrascht ein Artikel in der angesehenen Wochenzeitschrift «Il Mondo»-Rom, vom 24. Februar, unter dem Titel «Incontro elusivo» (ausweichende Begegnung), der die politischen Aspekte des Treffens und darüber hinaus die italienische Außenpolitik im allgemeinen einer kritischen Prüfung unterzieht.

Nach Ansicht des Verfassers — Antonio Calvi — sind folgende Punkte während des Treffens nicht genügend oder nur unvollständig behandelt und gelöst worden:

Die deutsche Teilnahme an einer Verteidigung Europas ist zwar vorgesehen und erörtert worden, jedoch fehlte bei beiden lateinischen Partnern der Wille und die Entschlossenheit, diese Teilnahme auch Wirklichkeit werden zu lassen, oder sie zumindest tatkräftig zu unterstützen.

Im Rahmen einer engeren italienisch-französischen Zusammenarbeit wurde nicht einmal ein ständiges beratendes gemeinsames Organ aufgestellt.

Völliges Fehlen einer gemeinsamen und verbindlichen Richtlinie gegenüber den in der nächsten Viererkonferenz zu behandelnden Problemen.

Auf Grund der Remilitarisierung der Ost-Satelliten Rußlands ist der italienische Friedensvertrag hinfällig geworden. Darüber wurde kein Beschuß gefaßt.

Die Konferenz brachte weiterhin keine Entscheidung über die einzuschlagende europäische Politik. Das heißt: entweder man entscheidet sich für eine Politik, die franco-englisch, oder für eine Politik, die franco-italienisch-deutsch ausgerichtet ist. Die zweite wäre vorzuziehen; Italien hätte Frankreich in dieser Richtung überzeugen müssen.

Abschließend schlägt die Zeitung eine aktiver Politik Italiens im Rahmen des Atlantik-Paktes und der UNO vor, soweit das Rom möglich ist; sie befürwortet eine Entsendung italienischer Einheiten nach Korea, einen baldigen Besuch De Gasperis in Washington, Steigerung der Rohstoffproduktion, eine klare Linie gegenüber Westdeutschland, den Ausbau einer wirksamen Alpenverteidigung, sowie schließlich eine engere Fühlungnahme mit Griechenland und der Türkei.

Unter dem Titel «The Importance of Tito» publizierte der «Economist» in seiner Nummer vom 3. Februar einen Aufsatz, in dem die strategische Bedeutung Jugoslawiens und die Möglichkeit eines baldigen Angriffs gegen dieses Land untersucht wird. Nachgenannte Gründe sprechen dagegen, den Jugoslawen mehr als einen moralischen Beistand zu leisten:

Jugoslawien ist kein demokratischer Staat. «Die Unterstützung Belgrads gegen Moskau wäre nichts anderes als die Unterstützung einer Form kommunistischer Tyrannie gegen eine andere». — «Tito ist ein unzuverlässiger Verbündeter». — «Keine westliche Macht ist ohne weiteres verpflichtet, Jugoslawien zu verteidigen». — Die für die Unterstützung Titos notwendigen Aufwendungen würden die den Westmächten zur Verteidigung der eigenen Sicherheit zur Verfügung stehenden Hilfsmittel beschränken. — Ein Wiedereinbeziehen Jugoslawiens in den sowjetischen Machtbereich wurde nur die zwar unerwünschte, aber nicht als tragisch zu bezeichnende Lage von 1945 bis 1948 wiederherstellen. —

Folgende Momente zeigen die unheilvollen Folgen, Jugoslawien einem Angriff der drei Sowjetsatelliten zum Opfer fallen zu lassen:

Die Bedeutung Jugoslawiens beruht auf seiner geographischen Lage; seine Niederlage hätte eine teilweise Überflügelung der englisch-amerikanisch-französischen Verteidigungslinie in Deutschland und Österreich zur Folge. Weitere Folgen wären: Erschwerung der Verteidigung Griechenlands und der Türkei, Verkürzung des Flugweges der feindlichen Luftwaffe. — Ein fest in der Hand der Westmächte befindliches, durch Schutz- und Trutzbündnisse mit Griechenland und der Türkei befindliches Jugoslawien würde jeden russischen Vormarsch in Nordeuropa von der Flanke her bedrohen. — Der Verzicht der Westmächte auf einen Widerstand gegenüber einem unverhüllten kommunistischen Angriff ergäbe ein zweites München, dessen Auswirkungen gegenüber Italien besonders schlimm wären. — Schließlich liegt auf Grund der Satzungen der Vereinten Nationen eine allgemeine Verpflichtung vor.

Diese Überlegungen sollten den Ausschlag geben. Vielleicht würden die Aufrüttelung der öffentlichen Meinung Westeuropas und eine klare Stellungnahme zu dieser Frage die Folge haben, daß es gar nicht zu dem jetzt schon seit drei Jahren drohenden Angriff kommt.

Eines der Kernprobleme der westlichen Welt greift die englische Zeitschrift *«Time and Tide»* unter der Überschrift *«The negative Good and the positive Evil»* in ihrer Ausgabe vom 24. Februar auf: Politisch, militärisch und ökonomisch ist der Kommunismus in der Offensive; er arbeitet nach einem planetarischen Plane, hat die Initiative ergriffen und bestimmt Zeit und Ort neuer Angriffe. Das konnten die Sowjets jedoch nur erreichen, weil ihre Gegner in die Verteidigung gedrängt worden sind: sie denken, sprechen und handeln nicht nach dem was sie tun sollten, sondern nach dem was sie nicht zu erleiden wünschen. Die Haltung der Verneinung ruft die Gelegenheit zur Verwirrung und Zersplitterung der westlichen Welt hervor. Ohne gemeinsamen positiven Plan behandelt jede Nation ihre Verteidigungsprobleme vom eigenen Standpunkt aus.

Ähnlich wie beim Verhalten gegenüber Hitler während der Jahre 1933—39 führt das Fehlen positiver Ziele zu einer Reihe von Rückzügen, von denen jeder die Position der westlichen Welt schwächt und den Kommunismus stärkt. Die Meinungsverschiedenheiten der freien Länder werden jedoch solange andauern, als die Einstellung zum Kommunismus negativ und defensiv bleibt. Die Politik der Eindämmung des Kommunismus wird keinen Erfolg haben, denn um die Versklavung der Welt aufzuhalten, muß die westliche Welt entschlossen sein, zur Befreiung überzugehen — einschließlich Rußlands und der Satellitenländer. Die Sowjets mischen sich in die inneren Belange jedes Landes ein; ihre Radiostationen hinter dem Eisernen Vorhang verbreiten ihre Lügenpropaganda; sie schüren den politischen Krieg. Der Westen jedoch tut nichts, um den Millionen von drangsalierten Menschen eine Hoffnung zu geben. Als die Deutschen Rußland überfielen, wurden sie zu Beginn als Befreier begrüßt; es sind Millionen künftiger Bundesgenossen hinter Stalins Front. Es mag kostspielig sein, an sie zu gelangen, aber weit weniger kostspielig als ein Krieg, der sich nicht vermeiden lassen wird, wenn unsere Einstellung zum Kommunismus weiterhin nur eine defensive sein wird.

«Wir sollten ebenso beharrlich und zielbewußt sein in der Verkündigung des Evangeliums der Freiheit, wie es Stalin in der Propagierung seines Hasses ist. Der Westen sollte nicht gezwungen sein, Stalins Züge parieren zu müssen, sondern selbst zum Zuge kommen. Alle Schlachten werden zuerst im Geiste gewonnen oder verloren. Der Westen verfügt über die moralische Überlegenheit im Kampfe mit Stalin; es ist nötig, sie zu gebrauchen».

Die von dem Komitee für freie Gewerkschaften der Amerikanischen Gewerkschaftsföderation in New-York herausgegebenen «*Internationalen Freigewerkschaftlichen Nachrichten*» veröffentlichten in ihrer Februarauflage einen aufschlußreichen Originalbericht über «*Die Lage der Industriearbeiterschaft in der sowjetisch besetzten Zone*». Die darin aufgezeigten Tatsachen widerlegen eindeutig das Gerede vom «Paradies der Werktätigen». Der Ausbeutungsprozeß der Arbeiterschaft läuft auf Hochtouren. Eine Möglichkeit zum Streiken ist nicht gegeben: «Die Arbeiterschaft kann nicht gegen sich selbst streiken. Sie selbst ist der Besitzer der Produktionsmittel». Die Freizügigkeit in der Arbeitsplatzwahl ist aufgehoben; ein Wechsel nur mit Zustimmung des Arbeitsamtes möglich; wer dagegen verstößt, übt Sabotage am Aufbau. Die Stundenlöhne sind in der Sowjetzone seit 1945/46 bis August 1950 gleich geblieben; bis dahin war noch die Lohnstoppverordnung aus dem Jahre 1944 in Kraft. Man versucht jetzt den Leistungslohn einzuführen. Dem entspricht auch die kontinuierliche Erhöhung der Arbeitsnormen. In jedem Betrieb werden Kalkulatoren eingesetzt, welche die «technisch begründeten Arbeitsnormen» festlegen. Politischer Druck hält die Arbeiter bei den festgesetzten Normen und verpflichtet darüber hinaus zu deren «freiwilliger» Erhöhung. Jede Normaufbesserung nach sowjetischem Vorbild ist jedoch nur die Grundlage für weiteren Lohndruck. Prämien in Form von Bezugsscheinen für bewirtschaftete Waren und Wettbewerbe zwischen den Betrieben der Sowjetzone versuchen das Letzte an Leistung aus dem Arbeiter herauszuholen, wobei Auszeichnungen wie «Held der Arbeit», «Verdienter Aktivist», «Verdienter Erfinder» nachhelfen sollen.

Die Senkungen der Preise in den HO-Läden stehen in zeitlichem Zusammenhang mit den Herabsetzungen der Löhne durch erhöhte Arbeitsnormen — die angebliche Verbesserung des Lebensstandards ist also nur Spiegelfechterei. Von den unselbstständig Erwerbenden sind 35 % Frauen; man versucht, noch mehr Frauen in alle Berufszweige einzuführen. — Dienstverpflichtungen sind dem Namen nach abgeschafft: man spricht heute von «Arbeitsanweisungen»: Weigert sich ein Arbeitssuchender eine derartige Anweisung anzunehmen, so wird ihm die Arbeitslosenunterstützung entzogen! Der FDGB (Freie Deutsche Gewerkschaftsbund) ist zu einem Propagandainstrument für Aktivistenpläne, Planübererfüllungen, Rationalisierungsmaßnahmen geworden, die schließlich alle darauf ausgehen, höhere Leistungen bei gleichbleibenden Reallöhnen zu erzielen. Es kann nicht überraschen, wenn der vorliegende Bericht die Schlußfolgerung zieht: «Die politische Haltung der Industriearbeiter ist zum überwiegenden Teil gegen das jetzt herrschende System gerichtet».